

## 5. Zwei Beispiele

Im Folgenden stellen wir dir noch zwei Beispiele vor, die wir gut gelungen finden und an denen du dich gerne orientieren kannst.

### Antrag der Abteilung 13

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

- 1 **Friedrichshainer Familienzentrum FamoX erhalten**
- 2 Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von
- 3 Friedrichshain-Kreuzberg möge sich für den Erhalt des von der
- 4 Schließung bedrohten Friedrichshainer Familien- und Bildungs-
- 5 zentrums FamoX einsetzen.

#### Begründung:

Das Familien- und Bildungszentrums FamoX wurde 2014 von der gemeinnützigen oXymoron gGmbH gegründet. Aktuell ist es von der Schließung bedroht, da die Rücklagen des Trägers aufgebraucht und die laufenden Kosten ab 2018 nicht mehr gedeckt sind. Eine Zufinanzierung des Bezirkes könnte beispielsweise den Erhalt des Zentrums sichern.

Ca. 500 Besucherinnen und Besucher nutzen wöchentlich die niedrigschwelligen, meist kostenfreien Angebote. Diese reichen von Musik- und Sportkursen für die Kleinsten, über Beratung und Unterstützung junger Familien, bis hin zu offenen Angeboten zur Vernetzung innerhalb der Nachbarschaft. Diese Angebote sind für alle, unabhängig vom Einkommen, der Herkunft oder den körperlichen Voraussetzungen, wahrnehmbar. Denn das FamoX ist ein offener und auch barrierefreier Ort für alle von der Schwangerschaft bis ins hohe Alter. In Zeiten von knappen Kitaplätzen, fehlenden Hebammen und immer vielfältigeren Familienstrukturen, ist ein Ort wie dieser, der Raum für Austausch, Begegnung und Unterstützung bietet, zwingend zu erhalten.

Vor dem Hintergrund unseres wachsenden Bezirks wäre es außerdem zu kurzfristig eine bestehende Struktur aufzugeben, um dann später mit viel Geld und Mühe ggf. ein neues Zentrum zu errichten. Davon einmal abgesehen, dass der Bedarf, mit wöchentlich ca. 500 Besucherinnen und Besuchern bereits jetzt schon vorhanden zu sein scheint.

Name des Antragstellers

Ebene(n) der Partei, die den Antrag beschließen soll(en)

Einfacher, verständlicher Titel

Kurzer Antragstext, der zunächst benennt, wer für die Umsetzung verantwortlich ist und dann die Maßnahme beschreibt.

Ausführliche Begründung mit Hintergrund, Argumenten und Fakten

## Antrag der Jusos

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

1 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

### 2 **Öffentlichen Zugang zu Trinkwasser verbessern**

3 Wir fordern, dass an öffentlichen Plätzen Trinkwasserspender zu  
4 installieren sind. Die Anzahl der Trinkwasserspender richtet sich  
5 nach der Einwohner\*innenzahl einer Stadt sowie der Frequentie-  
6 rung eines Platzes und wird von Städteplaner\*innen generell bei  
7 der Neugestaltung von Plätzen berücksichtigt.

8 Des Weiteren fordern wir, dass Gastronomiebetriebe dazu ver-  
9 pflichtet werden, auf Anfrage kostenloses Trinkwasser (Leitungsw-  
10asser in haushaltsüblicher Menge) zur Verfügung zu stellen.

### **Begründung:**

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel und der Zugang zu Wasser nicht nur lebensnotwendig, sondern auch Lebensqualität – ob zu Hause oder im öffentlichen Raum.

In unserer Hauptstadt Berlin gibt es nur ca. 40 Trinkwasserbrunnen, während es in Paris 733 sind. Deutschland ist im europäischen Vergleich bestenfalls im Mittelfeld. Es ist nicht leicht, im öffentlichen Raum an kostenloses Trinkwasser zu kommen.

Bleiben wir beim Beispiel Berlin: Wer die Berliner Schnauze mal Erleben möchte, muss einfach nur Leitungswasser im Restaurant bestellen. Patzige Antworten und Naserümpfen garantiert. Alternativ wird einfach teures Mineralwasser serviert und nachher abkassiert.

Das mag dem Gastronomiegewerbe zusätzliches Geld in die Kassen spülen, wirkt sich aber negativ auf die Lebensqualität aller aus. Oft bleibt man lieber durstig, als ein Getränk dazu zu bestellen. Auch Touristen\*innen stoßen sich regelmäßig an dieser vermeintlichen rüden deutschen Sitte.

Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen und Obdachlose leiden unter der kapitalistischen Verwertung von Durst, einem der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse.

Es muss dringend nachgebessert werden. Die USA, Spanien, Italien, die Schweiz, und Frankreich machen es uns vor. In diesen Ländern sind öffentliche Trinkwasserbrunnen und -spender ein häufiges Straßenbild. Lasst uns diese Lebensqualität auch in Deutschland verwirklichen!

Dieser Antrag soll erst von der KDV und dann vom Landesparteitag beschlossen werden, damit am Ende die Landesregierung für die Umsetzung verantwortlich ist.

Durch eine Zeilennummerierung kann man sich in der Diskussion leichter orientieren

Der Antrag ist kurz und konzentriert sich auf die Benennung der beiden wesentlichen Maßnahmen. Der Rest kommt in der Begründung.

## 6. Anhang: Regelungen in unserer Satzung

Im Organisationsstatut der Partei (ergänzt durch die statuarischen Bestimmungen der SPD Berlin) ist die Antragsbefugnis und Einbringung in die KDV und an den LPT geregelt: [Beide Dokumente findest du hier.](#)

§ 22a Abs. 9 lautet: *"Anträge zur Kreisdelegiertenversammlung müssen spätestens zwei Wochen vorher beim Kreisvorstand eingereicht werden. Anträge können nur durch eine Abteilungsmitgliederversammlung, den Kreisvorstand, eine Vollversammlung eines vom Kreisvorstand eingerichteten Facharbeitskreises, einer Delegiertenkonferenz bzw. Vollversammlung der auf Kreisebene tätigen Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren gestellt werden."*

§ 18 Abs. 2 lautet: *"Anträge zum Landesparteitag müssen spätestens fünf Wochen vorher beim Landesvorstand eingereicht werden. Anträge können nur durch eine Abteilungsmitgliederversammlung, eine Kreisdelegiertenversammlung, den Landesvorstand, die Delegiertenkonferenzen bzw. Vollversammlungen oder Vorstände der auf Landesebene tätigen Arbeitsgemeinschaften sowie die Mitgliederversammlungen der Projektgruppen, Foren oder Fachausschüsse gestellt werden."*

Dazu kommt die Geschäftsordnung für den Landesverband Berlin:

§ 5 lautet: *„Die Antragskommission hat die Aufgabe, die eingegangenen und während der Versammlung eingehenden Anträge zu beraten und nach Sachgebieten zu ordnen. Sie hat das Recht, auf den Landesparteitagen und Kreisdelegiertenversammlungen Anträge, die den gleichen Sachverhalt betreffen, zusammenzufassen und als Vorlage der Antragskommission der Versammlung zu unterbreiten. Sie gibt Empfehlungen zur Abstimmung, wobei Minderheitsmeinungen dargestellt werden.“*

§10 lautet: *"Anträge sind der Versammlungsleitung rechtzeitig schriftlich einzureichen. Anträge aus der Mitte der Versammlung – Initiativanträge – bedürfen beim Landesparteitag der Unterstützung von mindestens 40 Delegierten, bei den Kreisdelegiertenversammlungen von 15 % der gewählten Delegierten. Über ihre Zulassung entscheidet die Versammlung auf Empfehlung der Antragskommission."*